

Synopse der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit beim

Landkreis Konstanz

Sitzung des Kreistags am 01.04.2019

Alter Text	Neuer Text	Bemerkung
------------	------------	-----------

§ 1	
Grundsatz	

Kreisräte/innen und Ehrenbeamte/innen und andere ehrenamtliche für den Landkreis tätige Kreiseinwohner/innen erhalten als Ersatz für Auslagen und Verdienstausfall eine Entschädigung.

§ 2 Entschädigung der Mitglieder des Kreistages

(1) Die Mitglieder des Kreistages erhalten als Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalls für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistags und dessen Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen eine Aufwandsentschädigung.

Dies gilt auch für Informationsfahrten, die der Meinungsbildung dienen und zu denen der Landrat eingeladen hat, sowie für interfraktionelle Sitzungen oder Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung der Gremiensitzungen dienen.

__

Als Nachweis der Sitzungsteilnahme gilt die eigenhändige Unterschrift in der Anwesenheitsliste. Für Fraktionssitzungen sind eigene Anwesenheitslisten zu führen.

(2) Das Sitzungsgeld beträgt pro Sitzung bei einer Dauer von

bis zu 4 Stunden 65,00 € bis zu 6 Stunden 75,00 € über 6 Stunden 95,00 €.

§ 1 Grundsatz

Kreisräte/innen und Ehrenbeamte/innen und andere ehrenamtliche für den Landkreis tätige Kreiseinwohner/innen erhalten als Ersatz für Auslagen und Verdienstausfall eine Entschädigung.

§ 2 Entschädigung der Mitglieder des Kreistages

(1) Die Mitglieder des Kreistages erhalten als Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalls für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistags und dessen Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen eine Aufwandsentschädigung.

Dies gilt auch für Informationsfahrten, die der Meinungsbildung dienen und zu denen der Landrat eingeladen hat, sowie für interfraktionelle Sitzungen oder Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung der Gremiensitzungen dienen.

Für die Teilnahme an sonstigen Veranstaltungen (z. B. Richtfeste, Einweihungsfeiern, Festakte, Besuche usw.) werden auf Antrag Reisekosten gem. § 5 erstattet.

Als Nachweis der Sitzungsteilnahme gilt die eigenhändige Unterschrift in der Anwesenheitsliste. Für Fraktionssitzungen sind eigene Anwesenheitslisten zu führen.

(2) Das Sitzungsgeld beträgt pro Sitzung bei einer Dauer von

bis zu 4 Stunden 75,00 €
bis zu 6 Stunden 90,00 €
über 6 Stunden 110,00 €.

Keine Änderungen

Keine Änderungen

Redaktionelle Änderung/Klarstellung

Anpassung der Stundensätze

Alter Text	Neuer Text	Bemerkung
------------	------------	-----------

	Fraktionsvorsitzende erhalt tung ihres erhöhten Zeit- u monatliche Grundvergütung	und Kostenaufwands eine			alten zusätzlich zur Abgelund Kostenaufwands eine ng in Höhe von 300,00 €.	Anpassung der monatlichen Pauschale
				sen nach der Hauptsatzu stanz erhalten zusätzlich	nen in den Fachausschüs- ung des Landkreises Kon- zur Abgeltung ihres erhöh- ufwands eine monatliche von 50 €.	Einführung einer monatlichen Pauschale für die Sprecher der Fraktionen in den Fachaus- schüssen gem. Hauptsatzung
(3)	Kreisräte/innen erhalten die Entschädigung nach Abs. 2 auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung einer Sitzung des Kreistages oder eines Ausschusses dienen.		(3)	Kreisräte/innen erhalten die Entschädigung nach Abs. 2 auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung einer Sitzung des Kreistages oder eines Ausschusses dienen.		Keine Änderungen
(4)	Für die Hin- und Rückfahrt werden folgende Zeiten angerechnet:		(4)	4) Für die Hin- und Rückfahrt werden folgende angerechnet:	nrt werden folgende Zeiten	
	bis 10 km keine Anrechnung	Hin- und Rückfahrt		bis 10 km keine Anrechnung	Hin- und Rückfahrt	
	mehr als 10 bis 40 km halbe Stunde	Hin- und Rückfahrt		mehr als 10 bis 40 km halbe Stunde	Hin- und Rückfahrt	
	mehr als 40 bis 60 km eine Stunde	Hin- und Rückfahrt		mehr als 40 bis 60 km eine Stunde	Hin- und Rückfahrt	
	mehr als 60 km eineinhalb Stunden.	Hin- und Rückfahrt		mehr als 60 km eineinhalb Stunden.	Hin- und Rückfahrt	
(5)	Bei mehreren Verrichtungen an einem Tag ist für die Berechnung der Entschädigung die Gesamtdauer der Inanspruchnahme maßgebend.		(5)	Bei mehreren Verrichtungen an einem Tag ist für die Berechnung der Entschädigung die Gesamtdauer der Inanspruchnahme maßgebend.		
(6)	(6) In den Lebensverhältnissen eintretende Verände- rungen, die sich auf die Höhe der Aufwandsentschä- digung auswirken können, sind dem Landrat unver- züglich mitzuteilen.		(6)	rungen, die sich auf die H	sen eintretende Verände- löhe der Aufwandsentschä- n, sind dem Landrat unver-	

§ 2 a Erstattung von Aufwendungen für die Pflege oder Betreuung von Angehörigen

- (1) Ehrenamtliche Mitglieder des Kreistags und seiner Ausschüsse sowie der sonstigen vom Kreistag gebildeten Gremien, die durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landrat glaubhaft machen, dass ihnen erforderliche Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit entstanden sind, erhalten diese Aufwendungen auf Nachweis erstattet. Dasselbe gilt entsprechend bei anderen, für den Landkreis ehrenamtlichen Tätigen.
- (2) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 sind der Ehegatte oder Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes, die in gerader Linie oder der Seitenlinie bis zum dritten Grad Verwandten und die in gerader Linie oder der Seitenlinie bis zum zweiten Grad Verschwägerten.
- (3) Erstattungsfähig sind die Kosten für eine geeignete Betreuung (Betreuungs-kraft oder anderweitige Betreuung). Von den Erstattungsempfängern kann der Nachweis des Vorliegens der Erstattungsvoraussetzungen gefordert werden.

§ 3 Aufwandsentschädigung des/der Kreisbrandmeisters/meisterin und der Stellvertreter

- (1) die Aufwandsentschädigung beträgt für den/die Kreisbrandmeister/in 350,00 €; für seine beiden Stellvertreter/innen monatlich je 140,00 €.
- (2) Die Aufwandsentschädigung wird monatlich im Voraus bezahlt. Im Falle des Urlaubes und der Erkrankung ist sie längstens 6 Monate weiter zu zahlen.

§ 3 Erstattung von Aufwendungen für die Pflege oder Betreuung von Angehörigen

- (1) Ehrenamtliche Mitglieder des Kreistags und seiner Ausschüsse sowie der sonstigen vom Kreistag gebildeten Gremien, die durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landrat glaubhaft machen, dass ihnen erforderliche Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit entstanden sind, erhalten diese Aufwendungen auf Nachweis erstattet. Dasselbe gilt entsprechend bei anderen, für den Landkreis ehrenamtlichen Tätigen.
- (2) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 sind der Ehegatte oder Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes, die in gerader Linie oder der Seitenlinie bis zum dritten Grad Verwandten und die in gerader Linie oder der Seitenlinie bis zum zweiten Grad Verschwägerten.
- (3) Erstattungsfähig sind die Kosten für eine geeignete Betreuung (Betreuungs-kraft oder anderweitige Betreuung). Von den Erstattungsempfängern kann der Nachweis des Vorliegens der Erstattungsvoraussetzungen gefordert werden.

§ 4 Aufwandsentschädigung des/der stellvertretenden Kreisbrandmeister/innen

- (1) Die Aufwandsentschädigung beträgt für die stellvertretenden Kreisbrandmeister/innen monatlich je 200,00 €.
- (2) Die Aufwandsentschädigung wird monatlich im Voraus bezahlt. Im Falle des Urlaubes und der Erkrankung ist sie längstens 6 Monate weiter zu zahlen.

Keine Änderungen; Regelung wurde bisher nicht in Anspruch genommen

Wegfall des ehrenamtl. Kreisbrandmeisters, Anhebung der Vergütung für Stellvertretungen

Alter Text	Neuer Text	Bemerkung
------------	------------	-----------

§ 4 Reisekostenvergütung

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten neben der Entschädigung nach §§ 2 und 3 eine Fahrkostenerstattung wie in § 6 Abs. 2 Ziffer 2 des Landesreisekostengesetzes. Die Entschädigung wird für Sitzungen pauschal bemessen mit der kürzesten Entfernung zwischen dem Wohnort und dem Sitzungsort. Dies gilt nicht, wenn die Fahrtstrecke von der Wohnung zum Ort der Dienstverrichtung weniger als 5 km beträgt.
- (2) Bei Verrichtung außerhalb des Kreisgebietes erhalten ehrenamtlich Tätige darüber hinaus Reisekostenvergütung nach § 4 Nr. 3, 4, 6 und 10 des Landesreisekostengesetzes. Maßgebend ist die Reisekostenstufe C. Als Dienstreisedauer ist die nach § 2 Abs. 2 und 4 berechnete Dauer der Inanspruchnahme zugrunde zu legen.

§ 5 Entschädigung anderer ehrenamtlich Tätiger

- (1) Die Entschädigung erfolgt nach Durchschnittssätzen, die für Auslagen und Verdienstausfall in einer Summe festgesetzt werden.
- (2) Die Entschädigung beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme von

bis zu 4 Stunden 65,00 € über 4 Stunden 75,00 € über 6 Stunden 95,00 €.

(3) § 2 Abs. 3 – 6 gelten entsprechend.

§ 5 Reisekostenvergütung

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten neben der Entschädigung nach §§ 2 und 3 eine Fahrkostenerstattung wie in § 6 Abs. 2 Ziffer 2 des Landesreisekostengesetzes. Die Entschädigung wird für Sitzungen pauschal bemessen mit der kürzesten Entfernung zwischen dem Wohnort und dem Sitzungsort. Dies gilt nicht, wenn die Fahrtstrecke von der Wohnung zum Ort der Dienstverrichtung weniger als 5 km beträgt.
- (2) Bei Verrichtung außerhalb des Kreisgebietes erhalten ehrenamtlich Tätige darüber hinaus Reisekostenvergütung nach § 4 Nr. 3, 4, 6 und 10 des Landesreisekostengesetzes. Maßgebend ist die Reisekostenstufe C. Als Dienstreisedauer ist die nach § 2 Abs. 2 und 4 berechnete Dauer der Inanspruchnahme zugrunde zu legen.

§ 6 Entschädigung anderer ehrenamtlich Tätiger

- (1) Die Entschädigung erfolgt nach Durchschnittssätzen, die für Auslagen und Verdienstausfall in einer Summe festgesetzt werden.
- (2) Die Entschädigung beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme von

bis zu 4 Stunden 75,00 €
bis zu 6 Stunden 90,00 €
über 6 Stunden 110.00 €.

(3) § 2 Abs. 3 – 6 gelten entsprechend.

Keine Änderungen

Streichung der Reisekostenstufe C (Änderung im Landesreisekostengesetz)

Anpassung der Stundensätze wie in § 2

Alter Text		Neuer Text	Bemerkung	
	§ 6 Nichtübertragbarkeit von Ansprüchen	§ 7 Nichtübertragbarkeit von Ansprüchen		
	Die Ansprüche auf Entschädigungen nach dieser Satzung sind nicht auf Dritte übertragbar.	Die Ansprüche auf Entschädigungen nach dieser Satzung sind nicht auf Dritte übertragbar.	Keine Änderungen	
	§ 7 Inkrafttreten	§ 8 Inkrafttreten		
	Diese Satzung tritt am 1. Dezember 2015 in Kraft.	Diese Satzung tritt am 1. Juni 2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisher geltende Satzung einschließlich aller Änderungen außer Kraft.	Komplett neue Satzung, dient der besseren Orientierung/ Übersicht	